

ZEITZEICHEN

Bekenntnis



Hans-Ulrich Brandt  
über Merkel und die EU

Formal betrachtet ist eine EU-Ratspräsidentschaft keine große Sache, eher Routine. Irgendwann ist jeder mal dran. Die Reihenfolge wird unter den 27 Mitgliedsländern lange im Voraus festgelegt. Nach einem halben Jahr ist der nächste an der Reihe. Es ist wie im föderalen Deutschland: Aus einem der 16 Länderfürsten wird für ein Jahr der nach dem Bundespräsidenten protokollarisch zweitwichtigste Funktionsträger der Republik. Politisch zu sagen haben Bundesratspräsidenten wenig, sie repräsentieren die Länderkammer nach außen und sorgen für einen reibungslosen Ablauf der politischen Arbeit.

Ähnlich unspektakulär läuft es in der Europäischen Union zumeist mit der Ratspräsidentschaft ab. Jeweils zum 1. Januar und zum 1. Juli findet die Stabübergabe statt, gerne verbunden mit dem Illuminieren von Parlamentsgebäuden oder nationalen Symbolen. Und natürlich mit verheißungsvollen Reden über Europas Zukunft.

In drei Tagen ist Deutschland wieder an der Reihe. Es ist, nach 2007, Angela Merkels zweite Amtsperiode als EU-Ratsvorsitzende. Seit fast 15 Jahren ist sie Bundeskanzlerin. Kein Nicolas Sarkozy oder François Hollande, kein David Cameron und keine Theresa May können da mithalten; von spanischen und italienischen Regierungschefs ganz zu schweigen. Angela Merkel ist die politische Konstante: in Europa allemal.

Dass sie vor dem Ende ihrer Kanzlerschaft noch einmal derart im Mittelpunkt steht, kann man Dusel nennen. Es hat Merkel aber schon immer ausgezeichnet, dass sie zum richtigen Zeitpunkt zur Stelle ist. Das Auslassen von Chancen liegt ihr fern.

Und jetzt kommt es tatsächlich noch einmal auf die Kanzlerin an. Es geht um nichts weniger als den Erhalt der EU. Merkel, so sehen es viele in der bröckelnden Gemeinschaft, kann sie retten. Ausgerechnet Merkel, für die die Union eher eine Zweckgemeinschaft ist und weniger die Vision der Vereinigten Staaten von Europa. Eine Kopf-Europäerin eben, nicht, wie der französische Präsident Emmanuel Macron, ein Herzens-Europäer.

Doch in der Not haben sie sich zusammengerauft. Es ist vielleicht Merkels wichtigste Kehrtwende in ihrer Zeit als Kanzlerin. Stets hatte sie die Vergemeinschaftung von Schulden in der EU abgelehnt. Im Mai aber verkündeten sie und Macron einen europäischen Wiederaufbaufonds. Er baut endlich die wichtige Brücke zwischen Nord und Süd. Damit machte sie die Achse Berlin-Paris wieder stark, und damit kann sie als Ratspräsidentin jetzt die EU einen, statt sie, wie vorher, zu spalten. Ursula von der Leyen, die zweite Deutsche an der EU-Spitze, wird sie als Kommissionspräsidentin unterstützen. Noch ist es nur eine Hoffnung, dass die EU unter deutscher Ratspräsidentschaft zusammenrückt. Merkels starkes Bekenntnis zu Europa kam spät, aber es kam hoffentlich noch zur rechten Zeit.

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

KURIER AM SONNTAG

unabhängig und überparteilich  
siebte Ausgabe Ihrer Tageszeitung

VERLAG UND DRUCK:  
Bremer Tageszeitungen AG  
Briefanschrift: 28189 Bremen  
Hausanschrift: Martinistraße 43, 28195 Bremen.

**Chefredakteurin:** Silke Hellwig  
**Mitglieder der Chefredaktion:**  
Philipp Jaklin und Joerg Helge Wagner  
**Art-Direktor:** Franz Berding  
**Leiter Digitales:** Philipp Jaklin • **Chefreporter:** Jürgen Hinrichs  
**Leiter Zentralredsk und Politik:** Markus Peters • **Bremen/Niedersachsen/Wirtschaft:** Maren Benke, Joerg Helge Wagner  
**Kultur:** Iris Hetscher • **Sport:** Matthias Sonnenberg  
**DIE NORDDEUTSCHE:** Michael Brandt • **WÜMME-ZEITUNG:** André Fesser • **OSTERHOLZER KREISBLATT:** Antje Borstelmann  
**ACHIMER KURIER/Verden Stadt und Land:** Kai Purschke\*  
**DELMEHORSTER KURIER:** Andreas D. Becker\*  
**SYKER KURIER/REGIONALE RUNDSCHAU:** Esther Nöggerath\* (komm.) • **Büro Hannover:** Peter Mlodoch • **Büro Berlin:** Georg Ismar • **Büro Paris:** Birgit Holzer • **Büro Brüssel:** Detlef Drewes  
**Büro London:** Katrin Pribyl • **Büro Washington:** Thomas Spang  
\*Pressedienst Nord GmbH

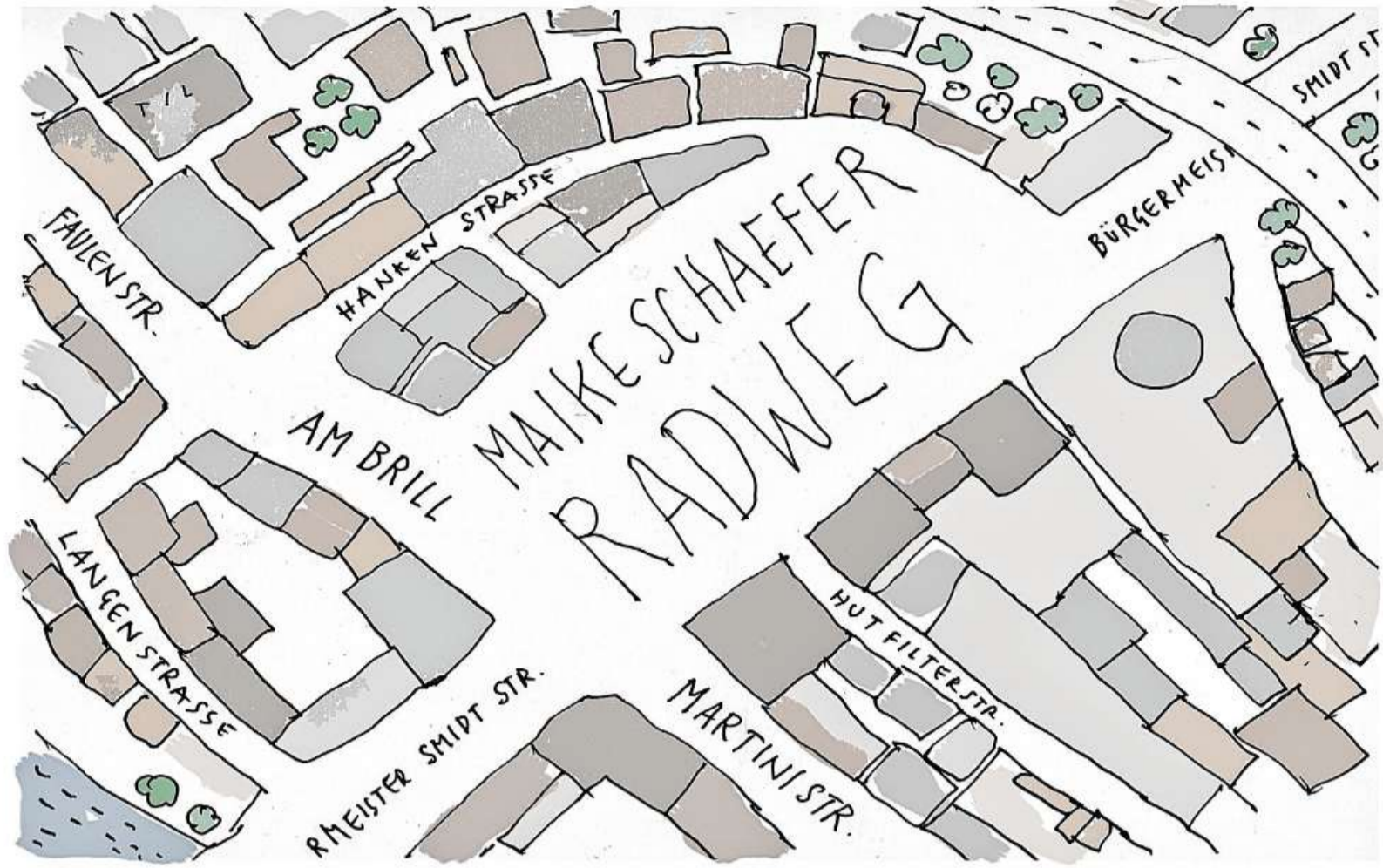
Für den Anzeigenteil verantwortlich: Tanja Bittner

Der Abdruck einzelner Artikel, auch auszugsweise, ist unzulässig; ausgenommen sind die durch § 49 UrhG geregelten Fälle. Für unverlangte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die Zustellung der Sonntagsausgabe erfolgt im Rahmen des Zeitungsabonnements. Bei Zustellung per Post erfolgt die Lieferung zusammen mit der nächsten Werktagsausgabe. Abonnementskündigung ist nur schriftlich bis zum 15. eines Monats zum Monatsende möglich. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, bei Streik oder höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenpreis und -bedingungen nach Preisliste Nr. 74. Keine Gewähr für fernmündlich aufgebene Anzeigen. Gerichtsstand Bremen.

<b>Verlag</b>	<b>Telefon:</b> 0421/36710 <b>Telefax:</b> 0421/36711000
<b>E-Mail:</b> redaktion@weser-kurier.de	
<b>Anzeigenannahme</b>	<b>Telefon:</b> 0421/36716655
<b>Kleinanzeigen</b>	<b>Telefax:</b> 0421/36711010
<b>Anzeigen</b>	<b>Telefon:</b> 0421/36714221
<b>E-Mail:</b> anzeigen@weser-kurier.de	
<b>Abonnenten-Service</b> (9 bis 12 Uhr)	<b>Telefon:</b> 0421/36716677 <b>Telefax:</b> 0421/36711020
<b>E-Mail:</b> abonnentenservice@weser-kurier.de	



GEHEIME BEBAUUNGSPLÄNE FÜR DAS 11.000m² SPARKASSEN- GELÄNDE AUFGETAUCHT...

Til Mette exklusiv für den KURIER AM SONNTAG

Ein Stäbchen für einen Fisch vormachen



Silke Hellwig  
über Lebensmittel

Das klingt gut: Die Wertschätzung für regionale Lebensmittel und die Landwirtschaft ist durch die Corona-Krise gewachsen. Den Verbrauchern sind klare Angaben zur Herkunft der Zutaten, zur Art der Tierhaltung und zu den Produktionsbedingungen wichtig. Das geht jedenfalls aus dem Ernährungsreport 2020 hervor. Gut gemacht, möchte man meinen, so soll es sein – im Interesse der Verbraucher, der Erzeuger und des Handels.

Der Pferdefuß: Der Report basiert auf einer Umfrage. 1000 Bundesbürger wurden nach ihren Gewohnheiten befragt, einmal zum Jahreswechsel, erneut im April. Und obgleich die Umfrage als repräsentativ gilt, bildet sie – wie andere ähnliche Erhebungen – die Schokoladenseite der Bürger ab. Ob die Umfragen anonym sind oder nicht, die Verführung ist groß, das eigene Verhalten zu beschönigen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ zitiert Jan Bock, Leiter des Lidl-Einkaufs: „Die Deutschen gäben in Umfragen immer an, besonders viel Geld für fair produzierte Ware oder Bioprodukte auszugeben (...) „Das sind Sonntagsreden, die Realität sieht anders aus“, sagt Bock.“

Die Realität der vergangenen Wochen hat – bei aller Tragik – auch für lichte Momente gesorgt. Menschen, die wie Maden im Speck leben, also eine sehr große Mehrheit der Westeuropäer, mussten zum Beispiel feststellen: Es ist keine Selbstverständlichkeit, an sechs Tagen die Woche vom frühen Morgen bis in die Nacht Nudeln und Mehl, Eis und Ketchup, Obst und

Gemüse zu kaufen – durchweg Eins-a-Ware und in beinahe unanständiger Vielfalt. Als alles andere von den Landesregierungen geschlossen worden war, waren die Lebensmittelhändler und ihre Angestellten die Felsen in der Brandung.

Auch das Phänomen der Hamsterkäufe von Mehl und Nudeln bescherte vielen eine neue Erfahrung: dass nicht immer alles verfügbar ist und dass sich die Welt ungerührt (vermutlich müde lächelnd, wenn sie könnte) weiterdreht, wenn eine Ware nicht mehr verfügbar ist. Was daraus gemacht wurde, hatte beinahe tragikomische Züge. Betroffene berichteten:

Was verschleudert wird, lässt man schneller vergammeln.

„Der Kleine will Nudeln – wir bekommen einfach nirgendwo welche. Wir haben zwar noch Suppennudeln, aber die schmecken nicht mit Tomatensoße.“ Skandal.

Man muss nicht in Biotonnen gucken, um zu wissen, dass etwas faul ist in deutschen Haushalten – Verdacht auf galoppierende Maßlosigkeit. Was nicht mehr in den Magen passt, wird achtlos auf die Straße geworfen. Obst und Gemüse mit kleinen Schönheitsfehlern werden vernichtet. Nahrungsmittel werden aussortiert, sobald das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten ist. Als wüsste ein Joghurt, dass er schlecht zu werden hat, wenn es erreicht ist.

Diese Art der Geringschätzung von Rohstoffen, von Natur und Tier, aber auch von Arbeit hat viele Gründe. Dazu gehören die Preise: Was verschleudert wird,

lässt man schneller vergammeln. Dazu gehört die deutsche Rabatt- und Nachlassjäger-Mentalität, die von Gier getrieben ist, wie der Neurowissenschaftler Christian Elger dem Deutschlandfunk erläuterte. „Die Gier war in archaischen Zeiten etwas ganz Wichtiges, um die Sippe zu ernähren.“ Schnäppchenpreise aktivierten dieses Belohnungssystem.

Dazu gehört vor allem der schöne Schein: Verbrauchern bleibt verborgen, woraus und wie entsteht, was sie hübsch verpackt in ihren Einkaufskorb legen. Jeder weiß, dass der Fleischhandel kein Streichelzoo ist. Aber es nicht schwer, sich darüber hinwegtäuschen zu lassen. Hersteller helfen gerne, machen Kunden ein X für ein U vor, ein Stäbchen für einen Fisch: Das Fleisch vom Rind ist eine runde Scheibe zwischen zwei Brötchenhälften. „Zarte Mortadella aus Schweinefleisch“ wird als „Bärchen-Wurst“ an den Nachwuchs gebracht. Der Thunfisch in der Dose soll ein Tier gewesen sein? Undenkbar.

An sich müsste jeder Schüler, jede Schülerin nicht nur einen Bauern-, sondern auch einen Schlachthof oder eine Kinder-Wurst-Fabrik als sogenannten außerschulischen Lernort besucht haben, bevor man sie über Lebensmitteleinkäufe entscheiden lässt. Sie müssten fünf Kilo Erdbeeren gepflückt, in aller Herrgottsfrühe einer Backstube geschwitzt haben. Sie müssten wissen, woraus Schokolade besteht und woher der Kakao kommt.

Sie würden erkennen und lernen, dass Lebensmittel ihren Preis haben. Wenn der deutsche Verbraucher ihn nicht zahlt, tun es andere: südosteuropäische Arbeiter, Kleinbauern in aller Welt, Kinder auf Kakao-, Landarbeiter auf Zuckerrohr-Plantagen. Eine vollständige Aufzählung würde diesen Rahmen sprengen – bei Weitem.

silke.hellwig@weser-kurier.de

Hendrik Werner und Til Mette



75 Wochen lang hat Hendrik Werner jeden Sonntag den Leserinnen und Lesern des WESER-KURIER auf der Titelseite seine Kolumne „Müßiggang“ zum Frühstück serviert. Eine Seite weiter dann die politische Karikatur von Til

Mette, die auch weiterhin erscheint. Nun gibt es für beides zusammen das passende Buch: alle 75 Kolumnen und 43 Karikaturen für 9,80 Euro. Es ist erhältlich in unseren Zeitungshäusern, im Handel, online auf [www.weser-kurier.de/shop](http://www.weser-kurier.de/shop) und telefonisch unter 0421 / 36 71 6616. 132 farbige Seiten. ISBN 978-3-938795-77-4.

The Guardian (London)

über den Umgang mit der Pandemie in Großbritannien: „Boris Johnson schwelgt in der prinzipienlosen Tyrannei seiner parlamentarischen Mehrheit. Er versucht, sämtliche Entscheidung zu vermeiden, für die er politische Verantwortung übernehmen müsste, und verlangt von seinen Beratern unzweideutige Antworten, die ihn vor Kritik bewahren. Doch damit kann er die umfassende Mitwirkung und Zustimmung der Bevölkerung, die erforderlich sind, um Großbritannien aus dem Griff der Pandemie zu lösen, nicht erlangen.“

Tages-Anzeiger (Zürich)

über den Prozess gegen den russischen Regisseur Kirill Serebrennikow: „Ohne wohlwollende staatliche Förderung unter dem damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew hätte er weder das Moskauer Gogol-Zentrum übernehmen noch ‚Plattform‘ ins Leben rufen können. Umso eindeutiger war die abschreckende Wirkung des Verfahrens: Wenn sich der Wind dreht und neue Mächtige ans Ruder kommen, sind die Gönner von gestern weit weg. Das Verfahren gegen Serebrennikow war eine Schande für die Justiz, ein Schlag gegen die Kunst, eine Katastrophe für Russland. Die Bewährungsstrafe lässt ahnen, dass das erkannt wurde. Russlands Kunst wird überleben. Aber die Künstler? Das bleibt offen.“



Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Unser Gastautor

ist USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und Autor des soeben neu aufgelegten Buches „Trumpf Amerika – Auf Kosten der Freiheit“.

Spätfolgen des schwachen politischen Immunsystems

Josef Braml  
über die Politik der USA

Wegen der dominanten staatskritischen Haltung haben die USA kein Wirtschafts- und Sozialsystem, das eine existenzbedrohende Krise wie die Corona-Pandemie abfedern könnte. Es gibt keine ökonomischen Stabilisatoren und kein soziales Auffangnetz im europäischen Sinne. Viele US-Bürger sind gar nicht krankenversichert, viele weitere sind unterversichert. Bereits ein einzelner Arztbesuch kann in den Staaten einen Lebensplan ruinieren. Deshalb konnten viele US-Amerikaner keinen Arzt aufsuchen und mussten länger arbeiten gehen, als es zumutbar gewesen wäre.

Die Pandemie hat die gravierenden sozialen Ungleichheiten offengelegt. Und sie wird diese in der sich anbahnenden Wirtschaftskrise noch weiter verschärfen. Wer wenig hat, wird zukünftig noch weniger und auch schlechtere Chancen haben, diese Corona-Pandemie zu überleben. Mit ihrem Job verlieren viele Amerikaner in der Regel auch noch ihren Krankenversicherungsschutz.

Die mittlerweile drastische Einschränkung des Arbeitslebens wird umso größere wirtschaftliche und soziale Folgen haben. Selbst die zwei Billionen Dollar schweren staatlichen Rettungspakete können das nicht auffangen. Wenn der Konsum eingeschränkt ist, stottert der wirtschaftliche Motor.

Es geht in dieser Krise aber nicht nur um die Nachfrage-, sondern auch um die Ange-

botsseite, also auch um eine Antriebsschwäche aufgrund der abrupt heruntergefahrenen Produktion. Die Auswirkungen der Pandemie werden die US-Wirtschaft weiter belasten und damit Donald Trumps Wahlkampf-Mantra zerstören. Ist Trump doch bisher mit steigenden Kursen an der Wall Street und den historisch niedrigen Arbeitslosenzahlen auf Stimmenfang gegangen.

Mit Blick auf die Präsidentschafts- und Kongresswahlen im November bringt Trump deshalb bereits Sündenböcke in Stellung. In bewährter chauvinistischer Manier müssen internationale Organisationen, etwa die Weltgesundheitsorganisation, und nicht zuletzt auch Amerikas Rivale China herhalten, um von Amerikas Defiziten und von Trumps persönlichem Versagen abzulenken.

Wenn sich zwei streiten, hat der Dritte,

namentlich Europa, auch keinen Grund zur Freude. Wegen der verschärften Rivalität der beiden wirtschaftlichen Giganten USA und China wird die europäische Wirtschaft umso mehr Kollateralschäden erleiden. Europa könnte im Wahljahr aber auch selbst ins Fadenkreuz des amerikanischen Präsidenten geraten.